

**Entschließungsantrag**  
**der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP**

**zur Erklärung der Bundesregierung aus Anlaß des 40. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag hat in jüngster Zeit zahlreiche Nachrichten über eine große Zahl von Hinrichtungen im Iran erhalten. Der Deutsche Bundestag verurteilt alle Hinrichtungen aus politischen Gründen und fordert den Iran auf, Todesurteile und Hinrichtungen aus politischen Gründen einzustellen.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich weiter bei der iranischen Regierung dafür einzusetzen, daß dem Sonderbeauftragten der UN-Menschenrechtskommission die Gelegenheit gegeben wird, sich vor Ort über die Lage im Iran zu informieren.
3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bei den Vereinten Nationen der Iran-Resolution zuzustimmen, die auf dem UN-Bericht des Sonderbeauftragten der UN-Menschenrechtskommission über die Lage im Iran beruht.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, weiterhin ihren Einfluß bei der iranischen Regierung geltend zu machen, damit die Hinrichtungen und Menschenrechtsverletzungen im Iran sofort eingestellt werden, sowie darauf hinzuwirken, daß sich der Iran als Mitgliedstaat der Vereinten Nationen und des Internationalen Pakts für bürgerliche und politische Rechte dazu bereit erklärt, die Wahrung der Menschenrechte im Iran sicherzustellen.
5. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf sicherzustellen, daß weiterhin kein politisch verfolgter Iraner, der sich gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland aufhält, in den Iran abgeschoben wird, und daß erforderlichenfalls die Bundesrepublik Deutschland Sinn und Inhalt des Artikels 16 GG auch für politisch Verfolgte aus dem Iran wahrt und erfüllt.

Bonn, den 9. Dezember 1988

**Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion**  
**Dr. Vogel und Fraktion**  
**Mischnick und Fraktion**

